



DIE LINKE.

Kreisverband Salzgitter

Rundbrief an Mitglieder und interessierte Bürger/innen

Februar 2016 - März 2016

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Dass eine globalisierte Welt mehr ist als der freie, grenzenlose Austausch von Waren und Informationen; dass damit die Grenzen der Nationalstaaten als Relikt der frühkapitalistischen Epoche auch für Menschen in Frage gestellt werden, haben sich die großen Strategen des Geldes nicht recht vorstellen können. Deshalb sind oder tun sie überrascht, wenn sich Millionen auf den Weg machen, um Hunger, Not und Krieg zu entfliehen und die vermeintlichen, per Internet entdeckten Paradiise zu erreichen. Paradiise, die, das erkennen viele immer besser, Verursacher und Nutznießer der verzweifelten Situation in ihren Heimatländern sind.

Das vergangene Jahr hat die dramatischen Folgen der militarisierten Außenpolitik des Westens auf schreckliche Weise deutlich gemacht: in Syrien wütet ein blutiger Stellvertreterkrieg, in Afghanistan ist eine Befriedung des Landes auch nach 14 Jahren Kriegseinsatz nicht in Sicht. Mit dem IS hat sich mit Unterstützung skrupelloser Regime, allen voran Saudi-Arabien, die Golf-Staaten und die Türkei eine Terrororganisation etabliert, die mit unvorstellbarer Grausamkeit vorgeht. Der Mittlere Osten ist nach Jahren von Krieg und Terror verwüstet, hunderttausende unschuldiger Menschen sind gestorben und Millionen mussten aus Not ihre Heimat verlassen.

Der gesunde Menschenverstand würde angesichts dieser Katastrophe zu dem Schluss kommen, dass der Westen diese bisherige verheerende Politik zumindest überdenken (und natürlich ändern) müsste.

Aber gesunder Menschenverstand und die Jagd nach Rohstoffen und Einfluss gehen nicht zusammen. Ganz in diesem Sinne beschließt also die Große Koalition den größten Auslandseinsatz der Bundeswehr: 1200 Soldatinnen und Soldaten sollen sich am Syrienkrieg beteiligen. Zusätzlich sollen 550 Soldaten in den unsicheren Norden Malis und weitere in den Irak entsendet werden. Da spielt es auch keine Rolle, dass sich in keinem Land, in dem der Westen seit 14 Jahren Krieg führt, die Lage der Zivilbevölkerung verbessert hat oder die Terrororganisationen geschwächt wurden.

Auf ihrem letzten Parteitag hat die SPD diesen Kurs bekräftigt. Es ist traurig, aber wahr: Mit einer Kriegspartei kann die LINKE nicht in eine Regierung gehen.

Der Kreisvorstand

Informationen aus dem Kreisvorstand:

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer ersten Sitzung im neuen Jahr war die Vorbereitung der **Kommunalwahl**.

Beschlossen wurde ein **Plan der Öffentlichkeitsarbeit** mit dem Schwerpunkt elektronische Medien, der ergänzt wird durch ein im März vorzulegendes Konzept zu den Plakaten und Flugblättern.

Für die Erarbeitung unseres Wahlprogramms haben wir uns auf folgende Vorgehensweise verständigt:

- ▶ In der KV-Sitzung am 2. Februar wollen wir unsere politischen Hauptaussagen für den Wahlkampf diskutieren und beschließen. Das werden jene Schwerpunkte sein, die die LINKE charakterisieren, die uns die Menschen „abnehmen“ und für die wir weitestgehend das Alleinstellungsmerkmal besitzen. Für jedes dieser Themen soll eine kleine, über den KV hinausgehende Arbeitsgruppe gebildet werden.
- ▶ In der Mitgliederversammlung Februar werden wir diese Themen vorstellen und diskutieren.
- ▶ In den Monaten Februar und März erarbeiten die AG`s Textvorschläge für unser Wahlprogramm.
- ▶ Bestandteil dieses Prozesses wird unsere Kampagne im März zum Thema „Mehr Personal für Pflege und Gesundheit“.
- ▶ Ende März wollen wir in einer mitgliederoffenen Klausur unser Wahlprogramm erarbeiten und Anfang den Vorstandsbeschluss dazu fassen.
- ▶ Ende April findet die Mitgliederversammlung statt auf der neben der Kandidatenliste auch unser Wahlprogramm beschlossen werden soll.

Der Entwurf des Kommunalwahlprogramms in seiner Langfassung ist auf der homepage unseres Landesvorstandes nachzulesen. Auf dem Landesparteitag am 13. Februar soll er beschlossen werden.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Unsere nächste Mitgliederversammlung, zu der der Vorstand herzlich einlädt, findet am **Dienstag, den 23. Februar, 18:00 Uhr** im Parteibüro statt.

Thema ist die vor uns stehende Kommunalwahl.

Einleitend wird Walter zur Bedeutung der Kommunalpolitik für unsere Partei sprechen. Hermann gibt anschließend einen Überblick über die geleistete Arbeit der Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode.

In der Diskussion geht es vor allem darum, mit welchen Schwerpunktthemen und Forderungen wir in den Wahlkampf ziehen wollen.

Kampagne „Das muss drin sein“.

DIE LINKE.



In deutschen Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand. Wenn man Krankenhäuser privatisiert und damit Gesundheit zur Ware macht, ist das die logische Konsequenz.

100 000 Pflegekräfte fehlen, dazu Ärzte und technisches Personal. In den Einrichtungen der Altenpflege ist die Situation vergleichbar. Immer mehr Patientinnen und Patienten müssen von immer weniger Menschen betreut werden.

Außerdem besteht natürlich weiterhin der Anachronismus, dass wer ein Auto baut oder eine software entwickelt, deutlich mehr verdient, als jene, die sich um Menschen kümmern.

Das wollen wir thematisieren und skandalisieren und da in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen nach wie vor überwiegend Frauen arbeiten, bietet es sich an, diese Kampagne um den 8. März herum zu führen.

Geplant ist neben einer Postkartenaktion und Info-Stand eine öffentliche Veranstaltung, zu der wir unsere Bundestagsabgeordnete Pia Zimmermann eingeladen haben.

Die Kitas in Salzgitter müssen beitragsfrei bleiben!

In Niedersachsen gibt es zwei Städte in denen der Besuch einer Kita beitragsfrei ist, Salzgitter und Braunschweig. Die Beitragsfreiheit bestand ab 2008 in Salzgitter und ab 2011 in Braunschweig.

Nach dem Willen der Stadtverwaltung soll in Braunschweig ab dem 1. August ein nach Einkommen gestaffeltes Beitragssystem eingeführt werden. Damit sollen 5,7 Mio. € Mehreinnahmen für den Haushalt erzielt werden.

Kommunen in ganz Deutschland sind unterfinanziert.

Ein Beispiel: Der Ausbau von Kitas wurde den Kommunen durch Bundesgesetz vorgeschrieben, das Geld dafür mussten die Kommunen aufbringen. Vom Bund gab es nur einen Teilzuschuss. In Salzgitter wurden 2013 von der Kommune 3,5 Mio. € für den Bau von Kitas aufgewendet, die dann natürlich nicht für andere soziale Projekte zur Verfügung stehen. Vom Bund gab es lediglich 1,5 Mio. €.

Wir fordern, wer die Musik bestellt, muss auch bezahlen.

In der anstehenden Beratung zum Haushalt 2016 fordern wir von der Verwaltung die Beitragsfreiheit für Salzgitter (sie kostet die Stadt pro Jahr zwei Mio. €) bei den Kitas beizubehalten. Eltern müssen bei den laufenden Kosten entlasten werden. Jedes Kind ist gleich viel wert. Ein bürokratisches System, in dem die Eltern der Verwaltung ihre Einkommen offenlegen müssen ist aufwändig und mit unnötigen Kosten verbunden.

Die Beitragsfreiheit ist ein erfolgreiches Modell, der Einwohnerschwind ist gestoppt und ein Bevölkerungsanstieg war schon vor dem Flüchtlingszuzug zu verzeichnen. Die Zahl der Zuzüge ist höher als die Zahl der Fortzüge.

In der Debatte um den letzten Haushalt hatten wir gefordert, auch die Beiträge für die Krippen stufenweise abzusenken. Leider hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

In Verhandlungen mit der Verwaltung werden wir dafür eintreten bei der Beitragsfreiheit der Kitas zu bleiben.

Kitas weiter beitragsfrei!

Für die Ratsfraktion, Hermann Fleischer

Nachträgliches zum SPD-Parteitag, Dezember 2015

Die meiste Beachtung fand das miese Ergebnis für den Parteivorsitzenden Gabriel. Nur 74,3 % wollten, dass er Vorsitzender bleibt. Dabei ging weitgehend unter, dass die eigentlichen Verlierer des Parteitages die Parteilinke war.

Nahezu geräuschlos wurde Gabriels Kurs in entscheidenden Fragen unterstützt: Bundeswehreinsetzung in Syrien, die deutsche Haltung in der Euro-Krise, Vorratsdatenspeicherung, Wirtschaftspolitik, Asylrechtsverschärfung und Kontingente für Flüchtlinge, aber auch zu CETA und TTIP. Nach Gabriels Willen wird das Thema „soziale Gerechtigkeit“ kein Thema mehr im nächsten Bundestagswahlkampf sein. Seine Aussage, dass Verteilungsgerechtigkeit nicht durch Steuerpolitik erreichbar sei, spricht Bände. Das Mittel der Revolution ist gewiss keins seiner Wahl.

Zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verlangt die SPD ein völkerrechtlich bindendes Mandat der UNO. Soeben hat die SPD in der Großen Koalition den Einsatz von Soldaten in Syrien beschlossen. Dumm ist nur, dass dafür kein UN-Mandat vorliegt.

In der Flüchtlingspolitik setzt die SPD der Forderung nach Obergrenzen seitens der CDU eine „Kontingentlösung“ entgegen (scheinbar). Das Prinzip der Kontingente bestätigt aber die Logik der Abschottung der EU, denn es schließt ein, dass die Flucht nach Europa mit der Sicherung der EU-Außengrenzen noch weiter erschwert werden soll. Das, was die SPD vorschlägt, wird wenig daran ändern, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken.

-
- (1) **Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
 - (2) **Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfasste für 2015 in Deutschland 1 091 894 Asylsuchende. Bis Ende 2017 erwartet die EU-Kommission 3 Mio Asylsuchende in Europa.

(Die USA nahmen 2015 aus Syrien 1500 Flüchtlinge auf. 2016 sollen es 10 000 sein. →

Die wohlhabenden arabischen Staaten (Saudi-Arabien, Katar, VAE, Kuwait) nahmen keine syrischen Flüchtlinge auf, obwohl diese meist sunnitische Glaubensbrüder sind und o. g. Staaten maßgeblich an der Destabilisierung der Region beteiligt sind. In Griechenland trafen 853 000 Flüchtlinge ein, Italien beherbergt ebenfalls 200 000 in Flüchtlingslagern und die Türkei 2 Millionen).

Die Flüchtlinge trafen auf ein rat- und weitgehend hilfloses Europa. Wie aber entwickelte sich diese Fluchtbewegung, die uns anscheinend so überraschend traf?

Versuche, vor allem aus dem afrikanischen Raum nach Europa zu kommen, gibt es seit langer Zeit, aber der Umfang stieg drastisch an.

2010 kamen 10 000 Menschen über das Mittelmeer,
2011 waren es infolge des „arabischen Frühlings“ 70 000,
2012 machten sich 22 000 Menschen auf den Weg,
2013 schon 60 000 und
2014 explodierte die Zahl derer,
die allein über das Mittelmeer kamen auf 218000.

Zwischen 2000 und 2013 sind 23 000 Flüchtlinge ertrunken, verhungert, verdurstet, an Kälte oder Unterkühlung gestorben, in Minenfeldern getötet. Aktuell beträgt ihre Zahl ca. 30 000 Tote.

Ärzte ohne Grenzen: „Die Ursache dafür ist die Abschottungspolitik, die kaum eine legale Einreise ermöglicht“.

Bekanntlich gab es das italienische Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“, mit dem vom Herbst 2013 bis 31. 10. 2014 laut der internationalen Organisation für Migration 150 000 Flüchtlinge gerettet wurden. Das Programm kostete Italien 110 Millionen Euro und berechtigerweise wollte man eine finanzielle Beteiligung der EU. Das wurde abgelehnt. Statt dessen schrieb der deutsche Innenminister de Maiziere an die zuständige EU-Kommissarin Malmström, dass man . . . „Mare Nostrum ersetzen solle durch eine Mission, die vornehmlich der Rückführung der Flüchtlinge dient“.

Also wurde das EU-Programm „Frontex“ installiert, das nicht die Seenotrettung zur Aufgabe hat, sondern den Schutz der Außengrenzen vor illegaler Einwanderung. —————>

Auf Anfrage der ARD-Sendung „Report Mainz“, ob Frontex nicht die Aktionen von Mare Nostrum und anderen koordinieren könne, antwortete de Maiziere: „Dazu haben wir weder das Mandat noch die Ressourcen“.

Außerdem: Frontex kostet nur 30 Millionen im Jahr.

Heribert Prantl, Kommentator bei der „Süddeutschen Zeitung“ schrieb dazu: „Es ist beschämend, dass die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete EU nicht einmal gewillt ist, die Kosten für das grandiose italienische Rettungsprogramm Mare Nostrum zu übernehmen (. . .) Europas Politiker waschen ihre Hände in Unschuld – in dem Wasser, in dem die Flüchtlinge ertrinken.“

Es tritt immer deutlicher zutage: Unsere Welt wächst zusammen und dieses Zusammenwachsen bedeutet auch, dass die Geschichte uns einholt. Die wahren Fluchtursachen haben ihre Wurzeln in Verbrechen und Unrecht in Zeiten des Kolonialismus und besonders seit dem 2. Weltkrieg vor allem in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten, begangen von Westeuropa und den USA.

„Wer den Wind sät . . .“

Deshalb ist das Problem nicht kurzfristig zu lösen. Es ist systembedingt und einmal mehr ein Symptom für die tiefgreifende Krise der kapitalistischen Gesellschaft. Um Fluchtursachen zu beseitigen, müssten Kriege aus der Welt geschafft werden. Ist das denkbar? Es müssten die Diktate im Welthandel beseitigt, die unbegrenzte Ausbeutung von Menschen und Natur in der so genannten 3. Welt beendet, Terrorpaten und Feudalmonarchien zivilisiert, die Umverteilung von Unten nach Oben und von Süd nach Nord geächtet werden.

Weder Obergrenzen noch Kontingente lösen das Problem auch nur ansatzweise, aber das können weder die Gurus von SPD und CDU noch die Rassisten der AfD verstehen, weil das nicht in ihr Bild von dieser Welt passt.

Seit knapp 3 Wochen helfe ich in der Sporthalle Naumburgstraße, einer Flüchtlingsunterkunft in Braunschweig, bei der Betreuung der Ankömmlinge. Es ist hier nicht die Stelle für eine Situationsbeschreibung – nur soviel: All den oben genannten „Klugschwätzern“ sei ein Praktikum in solch einem Lager empfohlen.

Und eine leicht gehässige Schlussbemerkung. Der Name de Maiziere deutet auf hugenottische Wurzeln. Die Hugenotten – französische Protestanten – mussten im 17. Jahrhundert vor der Verfolgung durch die Katholiken flüchten. 250 000 baten damals um Asyl, unter anderem auch in Deutschland. (R. Nagel)

Termine

29. und 30. 01.:	Rathaus	Fraktionsklausur zum Haushalt
02. 02.	18:00 Uhr, Parteibüro	Kreisvorstand
05. 02.	16:00 Uhr, Rathaus	Fraktionsklausur
05. 02.	12:00 Uhr, Rathaus	Fraktionsklausur
13. 02.	Osnabrück	Landesparteitag
18. 02.	17:00 Uhr	Parteibüro
	Buchvorstellung: Slavoj Zizek: "Der neue Klassenkampf" . Die wahren Gründe für Flucht und Terror	
23. 02.	16:00 Uhr, Parteibüro	AG Öffentlichkeitsarbeit
23. 02.	18:00, Parteibüro	Mitgliederversammlung
27./28. 02.	11:00 Uhr, Brunsviga BS	Seminar Kommunalpolitik, Teil II
01. 03.	18:00 Uhr, Parteibüro	Kreisvorstand
08. 03.	Internationaler Frauentag	
Ab 08. 03.	Aktionen in Kampagne „Das muss drin sein“ zum Thema „Mehr Personal für Pflege und Gesundheit“ . Dazu gibt es gesonderte Informationen.	
21. 03.	Gewerkschaftshaus SZ	Internat. Tag gegen Rassismus

Kontakte

Büro :	38226 Salzgitter- Lebenstedt, Berliner Str. 49
Bürozeiten:	Dienstag 16.00 bis 18.00 Uhr Donnerstag 16.00 bis 18.00 Uhr
Telefon:	05341/790 56 50
Internet:	www.die-linke-salzgitter.de
e-mail:	dielinke-salzgitter@t-online.de
Vorsitzender:	Rainer Nagel DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter Rainer.nagel.53@gmail.com Tel.: 01578 454 88 96

Büro:	Fraktion DIE LINKE im Rathaus Zimmer 52
Öffnungszeiten:	Dienstag und Donnerstag von 16.00 bis 17.30 Uhr
Telefon:	05341/839 32 76
e-mail:	dielinke@stadt.salzgitter.de
Herausgeber:	DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter V.i.S.d.P.